

## **Kleine Anfragen zur Beantwortung in der Fragestunde des Landtags**

**Die Abgeordneten Jörg Hillmer, Burkhard Jasper, Gabriela Kohlenberg, Heidemarie Mundlos, Horst Schiesgeries und Dr. Stephan Siemer (CDU) hatten am 19.10.2016 gefragt:**

(Anfrage 20; Drucksache 17/6705, S.11-12)

**Wer hatte zu welchem Zeitpunkt Kenntnis über den Antisemitismusvorwurf gegen die HAWK?**

Vorbemerkung der Abgeordneten

Die Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst (HAWK) sieht sich mit einem Antisemitismusvorwurf wegen des dort in der Vergangenheit angebotenen Seminars „Soziale Lage der Jugendlichen in Palästina“ konfrontiert. Am 28. September 2016 wurde bekannt, dass Hochschulpräsidentin Prof. Dr. Christiane Dienel bereits 2011 zum ersten Mal mit diesem Vorwurf konfrontiert worden war (Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 28. September 2016). Dies hatte die Hochschulpräsidentin bei einer Diskussionsveranstaltung am 15. September 2016 in Hannover nicht gesagt.

In einem Interview mit der Tageszeitung taz sagte Dienel in Bezug auf die an sie 2011 gesandte E-Mail, in der die Vorwürfe dargestellt werden: „Die Mail ging an die Dekanin, ich hab sie im cc be-kommen. Das hat meine Wahrnehmungsschwelle nicht erreicht.“

**1. Wann (Datum) hat Hochschulpräsidentin Prof. Dr. Christiane Dienel erstmals von dem Antisemitismusvorwurf in Bezug auf das genannte HAWK-Seminar Kenntnis erhalten?**

**2. Wann (Datum) hat die Landesregierung erstmals von dem Antisemitismusvorwurf in Bezug auf das genannte HAWK-Seminar Kenntnis erhalten, und welche Stelle innerhalb der Landesregierung wurde zuerst informiert?**

**3. Wie und wann war die Staatskanzlei mit dem Vorgang befasst (bitte einzeln mit Datum auflisten)?**

**Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur namens der Landesregierung am 28.10.2016**

(Anfrage 20; Drucksache 17/6785, S.35-36)

1. Wann (Datum) hat Hochschulpräsidentin Prof. Dr. Christiane Dienel erstmals von dem Antisemitismusvorwurf in Bezug auf das genannte HAWK-Seminar Kenntnis erhalten?

Aufgrund dieser Anfrage hat das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) die Hochschulpräsidentin Prof. Dr. Christiane Dienel um Beantwortung gebeten. Mit E-Mail vom 19. Oktober 2016 nimmt sie wie folgt Stellung zu der Frage:

„Am Mittwoch, 29. Juli 2015, wurde mir durch das MWK der Scan des Schreibens des Zentralrats der Juden an Herrn Ministerpräsidenten per Email übersandt. Dadurch habe ich von dem expliziten Antisemitismusvorwurf gegen das Seminar erstmals Kenntnis erhalten.

Am 8. Juni 2011 hat die Organisation SPME (Scholars for Peace in the Middle East) sich in einer E-Mail an Dekanin Prof. Dr. Christa Paulini über eine ‚skandalöse Veranstaltung‘ beklagt, da einem Studierenden unserer Hochschule aufgefallen sei, ‚dass andere Studierende extreme, einseitige Ansichten bzgl. des Nahostkonfliktes hatten‘. Die Fakultät wurde in dieser sehr kollegial formulierten Mail um Stellungnahme gebeten; diese Stellungnahme erfolgte noch am selben Tag durch den Studiendekan der Fakultät, Prof. Dr. Gazi Caglar. Aus diesem mir lediglich in CC übersandten Mailwechsel hat sich mir seinerzeit nicht erschlossen, dass gegen ein Seminar unserer Hochschule explizite Antisemitismusvorwürfe erhoben wurden, zumal ich davon ausgehen konnte, dass die Fakultät sich der Angelegenheit annehmen würde. Die Antwort des Studiendekans endete mit dem Satz: ‚Nichtsdestotrotz nehmen wir Ihren Hinweis ernst und werden ihn thematisieren.‘ Angesichts der Antwort des Studiendekans noch am selben Tag habe ich den Anhang der SPME-Mail nicht geöffnet und so die Brisanz des Inhalts nicht realisiert. Dieser mir in CC übersandte Mailwechsel ist mir, da ich den Vorgang als erledigt betrachten konnte, anschließend auch nicht im Gedächtnis geblieben.“.

2. Wann (Datum) hat die Landesregierung erstmals von dem Antisemitismusvorwurf in Bezug auf das genannte HAWK-Seminar Kenntnis erhalten, und welche Stelle innerhalb der Landesregierung wurde zuerst informiert?

Wie bereits mit Beantwortung der Dringlichen Anfrage am 18. August 2016 ausgeführt, ging das Schreiben des Präsidenten des Zentralrates der Juden an den Ministerpräsidenten vom 22. Juli 2015 am 23. Juli 2015 in der Staatskanzlei ein. Im Übrigen wird auf die ausführliche Beantwortung der Dringlichen Anfrage verwiesen, in der der Informationsablauf innerhalb der Landesregierung datumsgenau beschrieben wird.

3. Wie und wann war die Staatskanzlei mit dem Vorgang befasst (bitte einzeln mit Datum auflisten)?

Das Schreiben des Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland vom 22. Juli 2015 ist am 23. Juli 2015 in der Staatskanzlei eingegangen und dann an das MWK zur Beantwortung abgegeben worden. Der Präsident des Zentralrates der Juden wurde am 29. Juli 2015 per Abgabennachricht informiert. Das Antwortschreiben des MWK ist am 16. September 2015 freigegeben worden.

Wegen der Presseberichterstattung vom 30. Juli 2016 wurde das MWK am 1. August 2016 um eine aktuelle Stellungnahme gebeten. Ein aktueller Sachstandsvermerk wurde am 3.

August 2016 übersandt und der Hausspitze vorgelegt. Mit Blick auf die aktuelle Presseberichterstattung folgte eine weitere schriftliche Unterrichtung des Ministerpräsidenten am 8. August 2016.

Das Schreiben der Vorsitzenden des Landesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden von Niedersachsen K. d. Ö. R. vom 10. August 2016 ist am 17. August 2016 im Persönlichen Büro des Ministerpräsidenten eingegangen und an das MWK zur Beantwortung abgegeben worden. Der Entwurf des Antwortschreibens ist am 30. August 2016 in der Staatskanzlei eingegangen und wurde am 1. September 2016 freigegeben.

Die E-Mail des Präsidenten des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen ist am 16. August 2016 im Persönlichen Büro des Ministerpräsidenten eingegangen und am 22. August 2016 durch die Büroleitung des Ministerpräsidenten zu den Akten verfügt worden.

Anlässlich des Artikels der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung „Dienels Zukunft liegt in der Hand von Gutachtern“ vom 29. September 2016 hat der Ministerpräsident darum gebeten, persönlich durch Frau Ministerin Dr. Heinen-Kljajić über die Angelegenheit informiert zu werden.